

Entwurf

Satzungsänderungsantrag

Initiator*innen:

Titel: Satzung des Kreisverbandes Recklinghausen

Satzungstext

1 **Satzung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband**
2 **Recklinghausen**

3 **Präambel**

4 Bündnis 90/DIE Grünen Kreisverband Recklinghausen sind Teil des Landesverbandes
5 Nordrhein Westfalen der Partei „Bündnis 90/DIE Grünen“ und dessen Satzung und
6 Programm verpflichtet, insbesondere den Grundpfeilern GRÜNER Politik, die
7 ökologisch, basisdemokratisch, sozial und gewaltfrei ausgerichtet ist.

8 Mitarbeit und Mitsprache von Einzelpersonen, Gruppen und Verbänden im Sinne der
9 Offenheit werden begrüßt. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist nicht
10 Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Partei.

11 **§1 Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet**

12 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Recklinghausen ist ein Kreisverband der
13 Bundespartei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, des Landesverbandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
14 Nordrhein-Westfalen. Die Kurzbezeichnung lautet GRÜNE KV Recklinghausen. Sein
15 Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf den Kreis Recklinghausen. Er hat seinen
16 Sitz im Kreis Recklinghausen.

17 **§2 Mitgliedschaft**

18 (1) Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im KV Recklinghausen kann werden, wer im
19 Kreis Recklinghausen seinen Wohnsitz hat, keiner anderen im Gebiet der
20 Bundesrepublik Deutschland tätigen konkurrierenden Partei angehört und die
21 Grundsätze und Programme der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anerkennt. Die
22 deutsche Staatsangehörigkeit ist nicht Voraussetzung für die Mitgliedschaft. Die
23 Mitgliedschaft oder Mitarbeit in (neo-)faschistischen Organisationen ist mit
24 einer Mitgliedschaft in BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht vereinbar.

25 (2) Über die Aufnahme entscheidet der jeweils örtlich zuständige Ortsverband,
26 ersatzweise der Kreisverband, in diesem Fall muss ein Beschluss auf einer
27 Sitzung des Kreisvorstandes über die Aufnahme gefasst werden. Existiert im
28 Wohnort der sich bewerbenden Person kein Ortsverband, wird die sich bewerbende
29 Person Mitglied des Kreisverbands. Wird eine Aufnahme vom Kreisverband
30 abgelehnt, hat der Vorstand dies schriftlich gegenüber der bewerbenden Person zu
31 begründen. Gegen die Ablehnung eines Aufnahmeantrages kann von der bewerbenden
32 Person bei der Kreismitgliederversammlung Einspruch eingelegt werden. Die
33 Kreismitgliederversammlung entscheidet mit der Mehrheit der gültigen Stimmen.
34 Die Ortsverbände entscheiden entsprechend ihren eigenen Satzungen.

35 (3) Die Mitgliedschaft beginnt mit der Aufnahme durch das zuständige Gremium.
36 Sie endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod. Der Austritt ist gegenüber dem
37 zuständigen Gebietsverband schriftlich zu erklären.

38 (4) Ein Mitglied kann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich
39 gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnungen der Partei
40 verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt. Über den Ausschluss oder
41 entsprechende Ordnungsmaßnahmen entscheidet das Landesgericht auf Antrag.
42 Antragsberechtigt sind alle Organe des Kreisverbandes. Das Nähere regelt die
43 Landesschiedsgerichtsordnung.

44 (5) Der Eintritt in eine andere im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätige
45 konkurrierende Partei oder Wähler*innenvereinigung oder die Kandidatur bei einer
46 konkurrierenden Liste oder der Aufruf zur Wahl einer konkurrierenden Liste oder
47 der Eintritt eines Mandatsträgers, falls eine grüne Fraktion besteht, in eine
48 andere Fraktion wird als erheblicher Verstoß gegen die Grundsätze und die
49 Ordnung der Partei angesehen.

50 (6) Der Vorstand stellt durch Beschluss diesen Umstand fest, weist das Mitglied
51 schriftlich darauf hin, dass dies einen Parteiausschlussgrund darstellt, und
52 fordert es auf, dies zu unterlassen. Führt dies zu keinem Erfolg, so gilt dies
53 nach Ablauf eines Monats nach Zustellung einer zweiten Mahnung als Austritt. Auf
54 diese Folge muss in der zweiten Mahnung hingewiesen werden. Der Vorstand
55 streicht das Mitglied aus der Mitgliederliste. Über einen Antrag des

56 Kreisvorstandes auf Ausschluss an das gemäß § 10 Abs. 4 Parteiengesetz (PartG)
57 nach der Schiedsgerichtsordnung zuständige Schiedsgericht kann nur die MV
58 entscheiden. In dringenden und schwierigen Fällen, die sofortiges Eingreifen
59 erfordern, kann nur nach einem entsprechenden Entschluss der MV der
60 Kreisvorstand gemäß § 10 Abs. 5 PartG ein Mitglied von der Ausübung seiner
61 Rechte bis zur Entscheidung des Schiedsgerichtes ausschließen. Dies gilt nur bei
62 Mitgliedern, welche keinem Ortsverband angehören. Andernfalls entscheiden die
63 jeweiligen Ortsverbände.

64 (7) Zahlt ein Mitglied länger als drei Monate nach vereinbarter Fälligkeit
65 keinen Beitrag, so gilt dies nach Ablauf eines Monats nach Zustellung der
66 zweiten Mahnung als Austritt. Auf diese Folge muss in der zweiten Mahnung
67 hingewiesen werden.

68 (8) Verlegt ein Mitglied seinen ständigen Wohnsitz außerhalb des bisher
69 zuständigen Kreisverbandes, so wird bei Beantragung die Mitgliedschaft auf den
70 für den neuen Wohnsitz zuständigen Gebietsverband übertragen. Einer erneuten
71 Aufnahme als Mitglied bedarf es hierbei nicht. Ein Verbleib im Kreisverband kann
72 auf Wunsch des Mitglieds durch den Kreisvorstand gewährt werden. Bei einem
73 Ortswechsel ins Ausland bleibt die Mitgliedschaft im bisherigen Kreisverband
74 bestehen, wenn am neuen Wohnsitz kein Orts- oder Kreisverband von BÜNDNIS 90/DIE
75 GRÜNEN existiert. Bei einem Umzug des Mitglieds, muss dieses über die möglichen
76 Optionen der Mitgliedschaft informiert werden.

77 **§3 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

78 (1) Jedes Mitglied hat das Recht:

79 a. an der politischen Willensbildung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der üblichen
80 Weise, z. B. Aussprachen, Anträge, Abstimmungen und Wahlen, mitzuwirken; Alle
81 Mitglieder haben das Recht, gleichberechtigt an der politischen Willensbildung
82 des Kreisverbandes nach Maßgabe der Satzung mitzuwirken und sich in
83 Arbeitsgruppen eigenständig zu organisieren.

84 b. an überörtlichen Delegiertenversammlungen als Gast teilzunehmen.

85 c. alle Mitglieder haben das Recht, sich aktiv und passiv an Wahlen für
86 Parteiämter und bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten im Rahmen
87 der Gesetze und der Satzungen für Wahlen zu Volksvertretungen zu beteiligen.

88 d. sich selbst im Rahmen der Gesetze und der Satzungen bei diesen Anlässen um
89 eine Kandidatur zu bewerben.

90 e. darüber hinaus hat jedes Mitglied das Recht, Seminare und Veranstaltungen zu
91 besuchen, die der politischen Weiterbildung dienen. Über die Übernahme der
92 notwendigen Kosten entscheidet der geschäftsführende Kreisvorstand auf Antrag
93 entsprechend der Erstattungsordnung.

94 (2) Jedes Mitglied hat die Pflicht:

95 a. den Grundkonsens von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und die satzungsgemäß gefassten
96 Beschlüsse der Partei anzuerkennen.

97 b. seinen Beitrag zu entrichten, näheres regelt die Finanzordnung.

98 (3) Kreistagsmitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Recklinghausen leisten
99 neben ihren satzungsgemäßen Mitgliedsbeiträgen Mandatsträger*innenbeiträge an
100 den Kreisverband. Näheres regelt die Finanzordnung.

101 **§4 Gliederung**

102 (1) Bündnis 90/DIE Grünen Kreisverband Recklinghausen gliedert sich in
103 Ortsverbände.

104 (2) Die Gründung von Ortsverbänden kann in Absprache mit dem Kreisverband
105 erfolgen, wenn mindestens drei Mitglieder vorhanden sind. Notwendige Organe der
106 Ortsverbände sind die Ortsmitgliederversammlung und der Vorstand.
107 Zusammenschlüsse von Ortsverbänden können mit Zustimmung des Kreisverbandes
108 erfolgen. Ortsverbände geben sich eine Satzung, die dem Landesverband zur
109 Prüfung vorzulegen ist, oder übernehmen die Kreissatzung.

110 **§5 Organe des Kreisverbandes**

111 Organe des Kreisverbandes sind die Kreismitgliederversammlung, die
112 Kreisdelegiertenkonferenz und der Vorstand. Die Delegierten des Kreisverbandes
113 sind grundsätzlich an Beschlüsse der Organe gebunden.

114 **§6 Kreismitgliederversammlung**

115 (1) Die Kreismitgliederversammlung ist das höchste beschlussfassende Organ.
116 Beschlüsse der Kreismitgliederversammlung können nur durch eine
117 Kreismitgliederversammlung oder durch eine Urabstimmung geändert werden.

118 (2) Die Kreismitgliederversammlung beschließt den Haushalt, die Satzung und die
119 ihr nachfolgenden Ordnungen. Sie wählt den Vorstand, mindestens zwei
120 Rechnungsprüfer*innen, die Delegierten und die Kandidat*innen für die Teilnahme
121 an Wahlen in geheimer Wahl.

122 (3) Vorstand, Delegierte und Rechnungsprüfer*innen werden für die Dauer von zwei
123 Jahren gewählt, soweit dem keine übergeordneten Bestimmungen entgegenstehen. Die
124 Amtszeit endet auch im Falle von Nachwahlen mit der Neuwahl.

125 (4) Die Kreismitgliederversammlung nimmt den Rechenschaftsbericht des Vorstandes
126 entgegen. Dessen finanzieller Teil ist durch die Rechnungsprüfer*innen zu
127 prüfen. Das Ergebnis der Prüfung ist der Kreismitgliederversammlung vor der
128 Beschlussfassung in schriftlicher Form vorzulegen und soll eine Empfehlung auf
129 Entlastung bzw. Nichtentlastung des Vorstandes beinhalten. Danach entscheidet
130 die Kreismitgliederversammlung über die Entlastung des Vorstands.

131 (5) Eine Kreismitgliederversammlung findet mindestens einmal im Kalenderjahr
132 statt. Sie soll im ersten Quartal tagen. Sie wird vom Vorstand schriftlich unter
133 Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens 10 Tagen einberufen. Die
134 Zustellung der Einladung und der Tagungsunterlagen kann auch per E-Mail
135 erfolgen, sofern das einzelne Mitglied dem zugestimmt hat.

136 (6) Eine Kreismitgliederversammlung muss vom Vorstand einberufen werden, wenn
137 dies mindestens 10% der Mitglieder oder ein Organ unter Angabe der zur Beratung
138 stehenden Gegenstände verlangen. Das Ersuchen ist schriftlich zu stellen.

139 (7) Sollte es die Situation erfordern, so kann eine Kreismitgliederversammlung
140 mit verkürzter Einladungsfrist einberufen werden. Diese Dringlichkeit muss von
141 der Kreismitgliederversammlung zu Beginn der Sitzung durch Beschluss
142 festgestellt werden. Bei Kreismitgliederversammlungen mit verkürzter
143 Einladungsfrist dürfen nur die in der Einladung genannten Tagesordnungspunkte
144 behandelt werden; die Aufnahme weiterer Verhandlungsgegenstände ist damit in
145 diesem Fall ausgeschlossen.

146 **§7 Kreisdelegiertenkonferenz**

147 (1) Die KDK ist oberstes Beschlussorgan des Kreisverbandes zwischen den
148 Kreismitgliederversammlungen. Ihre Beschlüsse können nur durch die
149 Kreismitgliederversammlung, die KDK oder durch Urabstimmung aufgehoben werden.

150 (2) Die KDK tagt nach Bedarf, jedoch mindestens zweimal jährlich.

151 (3) Die KDK wird auf Antrag von 20 Mitgliedern, zwei Ortsverbänden oder vom
152 Kreisvorstand einberufen.

153 (4) Die KDK wird vom Vorstand schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit
154 einer Frist von mindestens 10 Tagen einberufen. Die Zustellung der Einladung und
155 der Tagungsunterlagen kann auch per E-Mail erfolgen, sofern das einzelne
156 Mitglied dem zugestimmt hat.

157 (5) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Einladungsfrist verkürzt werden.

158 (6) Die KDK ist bei Anwesenheit von mindestens 20 % der stimmberechtigten
159 Delegierten beschlussfähig.

160 (7) Ist die Kreisdelegiertenkonferenz nicht beschlussfähig, so kann die
161 Kreisdelegiertenversammlung innerhalb von zwei Wochen schriftlich neu einberufen
162 werden. Diese Sitzung ist unabhängig von der Zahl der anwesenden
163 Stimmberechtigten Delegierten beschlussfähig. Darauf ist in der Einladung zu
164 dieser Sitzung hinzuweisen.

165 (8) Die KDK setzt sich aus den durch die Ortsverbände entsandten Delegierten
166 zusammen. Die Delegierten werden auf Ortsmitgliederversammlungen nach dem dort
167 üblichen Wahlverfahren gewählt.

168 (9) Zur Ermittlung der Delegierten pro Ortsverband gilt folgendes Verfahren: Die
169 Zahl der zum Stichtag dem Kreisvorstand gemeldeten und dem Kreis zugehörigen
170 Mitglieder des Ortsverbandes wird mit 30 multipliziert. Das Ergebnis wird durch
171 die Zahl der Mitglieder aller der zum kreiszugehörigen Ortsverbände dividiert,
172 wobei das Ergebnis aufgerundet wird, wenn die erste Zahl hinter dem Komma eine
173 Fünf oder eine größere Zahl ist. Bei einer Zahl kleiner als Fünf wird
174 abgerundet. Diese Zahl ist die jeweilige Delegiertenzahl. Stichtag zur
175 Feststellung der Mitgliederzahl ist die Mitte des vorletzten Quartals vor der
176 Einladung. Jeder Ortsverband hat – unabhängig vom vorgenannten Verfahren –
177 mindestens 2 Mandate. Jeder Ortsverband kann die gleiche Anzahl von
178 Ersatzdelegierten nennen, wie für ihn Delegierte ermittelt worden sind. Jede*r
179 Ersatzdelegierte kann jede*n Delegierte*n des Ortsverbandes vertreten.

180 (10) Die Kreisdelegierten werden für zwei Jahre gewählt und sind dem
181 Kreisvorstand nach erfolgreicher Wahl, mit Wahldatum mitzuteilen. Sollte eine
182 delegierte Person die zwei Jahre überschreiten, geht automatisch das Stimmrecht
183 als Delegierte*r verloren. Eine delegierte Person ist erst offiziell
184 stimmberechtigt, wenn es dem Kreisvorstand gemeldet wurde.

185 (11) Stimmberechtigte Mitglieder der KDK sind ferner die Mitglieder des
186 Kreisvorstandes (inklusive Beisitzende).

187 (12) Die KDK kann beschließen über politische Resolutionen, über Anträge an
188 Bundes- und Landesversammlungen und über Aktionen und Maßnahmen auf Kreisebene.

189 (13) Die Aufgaben der KDK bestehen insbesondere in der Vorbereitung von Bundes-
190 und Landesdelegiertenversammlungen, in der Kontakthaltung zur Kreistagsfraktion
191 und für haushalts-, und finanzpolitische Beschlüsse, die nicht vom Vorstand
192 allein gefasst werden können. Diese Abgrenzung – insbesondere auch hinsichtlich
193 der Höhe von Investitionen und Ausgaben – wird in der Kreisfinanzordnung
194 geregelt.

195 §8 Der Kreisvorstand

196 (1) Der Vorstand besteht aus zwei gleichberechtigten Sprecher*innen, darunter
197 mindestens eine Finta Person, der*dem Kassierer*in und bis zu vier
198 Beisitzer*innen. Bei einer offiziell eingetragenen und gemeldeten Kreisjugend
199 Recklinghausen, muss ein Platz im Vorstand mit einem Mitglied der GJ Kreis
200 Recklinghausen besetzt werden. Ist dies nicht der Fall, entscheiden die
201 wahlberechtigten Mitglieder der GJ, über das weitere Verfahren. Sprecher*innen
202 und Kassierer*in vertreten den Kreisverband im Sinne des S 26 Abs. 2 BGB
203 (Geschäftsführender Vorstand). Die Mitglieder des Kreisvorstandes sollen
204 möglichst gebietsorientiert die Ortsverbände abdecken.

205 (2) Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die in einem finanziellen
206 Abhängigkeitsverhältnis zum Kreisverband stehen, können kein Vorstandsamt
207 bekleiden.

208 (3) Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln und der Vorstand insgesamt von der
209 Kreismitgliederversammlung mit absoluter Mehrheit abwählbar. Das Ersuchen kann
210 nicht Gegenstand einer Dringlichkeitsentscheidung sein, ist schriftlich zu
211 stellen und in der Einladung zur Kreismitgliederversammlung aufzuführen.

212 (4) Nachwahlen zum Vorstand sind durchzuführen, wenn die Mindestzahl von drei
213 Mitgliedern unterschritten wird bzw. ein*e Sprecher*in oder Kassierer*in ihr Amt
214 nicht mehr wahrnimmt.

215 (5) Der Vorstand führt die Geschäfte des Kreisverbandes nach Gesetz und Satzung
216 sowie den Beschlüssen der ihm übergeordneten Organe.

217 **§9 Vielfaltspolitische*r Sprecher*in**

218 (1) Auf der Kreismitgliederversammlung wird ein*e vielfaltspolitische*r
219 Sprecher*in nach den gleichen Regelungen wie der Kreisvorstand gewählt.

220 (2) Die*der vielfaltspolitische Sprecher*in hat die Aufgabe, gemeinsam mit dem
221 Kreisvorstand Maßnahmen zu entwickeln, die zur angestrebten gleichberechtigten
222 Teilhabe und der Repräsentanz von diskriminierten Gruppen und Menschen innerhalb
223 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und in der Gesellschaft beitragen.

224 (3) Die vielfaltspolitische Sprecher*in hat das Recht Anträge in den
225 Kreisvorstand, die Kreisdelegiertenkonferenz und die Kreismitgliederversammlung
226 einzubringen. Dieses Antragsrecht dient dazu, sicherzustellen, dass
227 vielfaltspolitische Themen angemessen in der Partei integriert und diskutiert
228 werden.

229 (4) Die*der vielfaltspolitische Sprecher*in soll die Ortsverbände beraten.

230 (5) Gemeinsam mit der zuständigen Person aus der Landesgeschäftsstelle ist
231 sie*er Anlaufstelle für den Informationsaustausch, für die Zusammenarbeit und
232 für die Vernetzung auf Kreisebene.

233 **§10 Die Ortskassierer*innenkonferenz**

234 (1) Die Ortskassierer*innenkonferenz ist zuständig für alle haushalts- und
235 finanzpolitischen Angelegenheiten des Kreisverbandes, soweit dies nicht anderen
236 Organen vorbehalten ist.

237 (2) Stimmberechtigte Mitglieder der Ortskassierer*innenkonferenz sind die
238 Ortskassierer*innen, die*der Kreisschatzmeister*n und die Vertreter*in der*des
239 Kreisschatzmeisterin:*s bei der Landesfinanzkonferenz.

240 (3) Die Ortskassierer*innenkonferenz tagt mindestens einmal jährlich und wird
241 einberufen von der*dem Kreiskassier*in oder drei Ortskassierer*innen. Die
242 Einladung erfolgt mit einer Frist von 10 Tagen. Die Ortskassierer*innenkonferenz
243 ist beschlussfähig, wenn mindestens 20 % der stimmberechtigten Mitglieder dieses
244 Gremiums anwesend sind. Insbesondere werden der Ortskassierer*innenkonferenz
245 folgende Aufgaben übertragen:

246 a. Vorschlag für die Verteilung der Mittel aus der Parteienfinanzierung zwischen
247 Kreisverband und Ortsverbänden.

248 b. Festlegen von Modalitäten bei Abschlüssen, in der Buchhaltung, in der
249 allgemeinen Organisation von Kreisverband und Ortsverbänden und in der
250 Mitgliederverwaltung; hierbei sind das Parteiengesetz und die parteiinternen
251 Vorschriften der vorgeordneten Gliederungen zu beachten.

252 **§11 Beschlussfähigkeit, Beschlussfassung und Öffentlichkeit**

253 (1) Die Kreismitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn zu ihr satzungsgemäß
254 eingeladen wurde und mindestens 10 % der Mitglieder anwesend sind. Es ist eine
255 Anwesenheitsliste zu führen. Alle Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit
256 gefasst, sofern keine andere Beschlussfassung vorgeschrieben ist.

257 (2) Die Beschlussfähigkeit des Vorstandes wird durch die Geschäftsordnung des
258 Kreisvorstandes geregelt.

259 (3) Alle Organe des Kreisverbandes tagen in der Regel öffentlich. Durch
260 Beschluss mit einfacher Mehrheit können die Öffentlichkeit bzw. einzelne
261 Nichtmitglieder ausgeschlossen werden. Sie tagen jedoch in jedem Fall
262 parteiöffentlich. Personalangelegenheiten sind nicht öffentlich, auch
263 nichtparteiöffentlich zu behandeln.

264 (4) Beschlüsse der Organe und Wahlergebnisse sind durch Protokolle zu
265 beurkunden. Das Protokoll bedarf der Genehmigung durch das entsprechende Organ.

266 **§12 Mindestparität**

267 (1) Alle auf Kreisverbandsebene zu wählenden Delegierten, Gremien und Organe
268 sind mindestens zur Hälfte mit FINTA* durch Wahl zu besetzen. Zu FINTA* gehören
269 Frauen, inter Menschen, nichtbinäre Menschen, trans Menschen und agender
270 Menschen.

271 (2) Sollte keine FINTA* für einen FINTA* zustehenden Platz kandidieren bzw.
272 gewählt werden, so entscheiden die anwesenden FINTA* über das weitere Verfahren.

273 (3) Entscheidung bedarf der Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Finta*
274 Mitglieder (Finta*votum).

275 **§13 Datenschutz**

276 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führen eine Mitgliederdatei auf EDV-Grundlage. Die

277 Mitglieder haben das Recht auf Schutz ihrer Daten. Personenbezogene
278 Mitgliederdaten dürfen nur vom Vorstand und von mit der Datenpflege Beauftragte
279 und nur zu satzungsgemäßen Zwecken verwendet werden. Die Veröffentlichung
280 personenbezogener Daten bedarf der Zustimmung des jeweiligen Mitglieds, sofern
281 keine gesetzliche Grundlage existiert. Der Missbrauch von Daten ist
282 parteischädigendes Verhalten im Sinne des Parteiengesetzes.

283 **§14 Rechnungsprüfung**

284 (1) Rechnungsprüfer*in kann nicht sein, wer im zu prüfenden Zeitraum ein
285 Vorstandsamt im Kreisverband bekleidet hat oder an der Erstellung des
286 Rechenschaftsberichtes beteiligt war.

287 (2) Eine Rechnungsprüfung hat im Vorfeld der Entlastung des Vorstandes zu
288 erfolgen. Die Rechnungsprüfer*innen sind auch unangemeldet jederzeit berechtigt
289 zu prüfen, insbesondere auf Einhaltung gesetzlicher und satzungsmäßiger
290 Bestimmungen. Die Rechnungsprüfer*innen entscheiden über Umfang und zu prüfende
291 Sachverhalte. Rechnungsprüfer*innen sind berechtigt, die Rechenschaftsberichte
292 von Untergliederungen oder Teilorganisationen zu prüfen.

293 (3) Ergeben sich aus der Prüfung Fragen oder Unstimmigkeiten, so hat der
294 Vorstand in angemessener Frist die erforderliche Aufklärung beizubringen.

295 (4) Das Ergebnis der Rechnungsprüfung ist der Kreismitgliederversammlung in
296 schriftlicher Form mitzuteilen und dem Rechenschaftsbericht beizulegen.

297 **§15 Satzungsänderung**

298 (1) Über die Änderung dieser Satzung entscheidet die Kreismitgliederversammlung
299 mit Zweidrittelmehrheit. Die zu ändernden Passagen sind in der Einladung zur
300 Kreismitgliederversammlung aufzuführen. Satzungsänderungen können nicht
301 Gegenstand einer Dringlichkeitsentscheidung sein.

302 (2) Die Änderung der Finanz- und Geschäftsordnung bedarf der Mehrheit der
303 anwesenden Mitglieder einer Kreismitgliederversammlung. Die zu ändernden
304 Passagen sind in der Einladung zur Kreismitgliederversammlung aufzuführen,
305 Dringlichkeitsentscheidung sein. sie können nicht Gegenstand einer

306 (3) Die Änderungen sind an den Anfang jeder Tagesordnung zu stellen und treten
307 mit ihrer ordnungsgemäßen Verabschiedung in Kraft.

308 **§16 Mitarbeiter*innen**

309 Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kann jede menschlich und beruflich geeignete Person
310 mitarbeiten. Mitarbeiter*innen haben alle Mitwirkungsrechte, soweit diese nicht
311 durch die gesetzlichen Bestimmungen oder diese Satzung ausschließlich
312 Mitgliedern vorbehalten sind. Mitarbeiter*innen bedürfen keiner formalen
313 Aufnahme.

314 **§17 Grüne Jugend**

315 (1) Die GRÜNE JUGEND KV Recklinghausen ist die politische Jugendorganisation des
316 Kreisverbandes Recklinghausen. Sie ist als Vereinigung der Partei ein
317 Zusammenschluss mit der Zielsetzung, sich in ihrem Wirkungskreis für den
318 Grundkonsens der Partei einzusetzen sowie die besonderen Interessen der GRÜNEN
319 JUGEND Recklinghausen in den Organen des Kreisverbandes zu vertreten, um an der
320 politischen Willensbildung mitzuwirken.

321 (2) Die Grüne Jugend KV Recklinghausen organisiert ihre Arbeit autonom. Sie hat
322 Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Satzung und Programm der
323 GRÜNEN JUGEND Recklinghausen dürfen dem Grundkonsens der Partei nicht
324 widersprechen; die Verwendung der finanziellen Mittel der GRÜNEN JUGEND
325 Recklinghausen darf dem Parteiengesetz nicht widersprechen. Die GRÜNE JUGEND
326 Recklinghausen ist mit ihrer Finanzführung dem Vorstand des Kreisverbands
327 rechenschaftspflichtig.

328 **§18 Arbeitskreise**

329 Zu bestimmten inhaltlichen Themen können Arbeitskreise gebildet werden. Sie
330 bedürfen der Anerkennung durch den Vorstand oder der Kreismitgliederversammlung.
331 Ihre Öffentlichkeitsarbeit erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Vorstand.

332 **§19 Frauenstatut**

333 (1) Alle gewählten Organe des Kreisverbandes sind mindestens zur Hälfte mit
334 FINTA zu besetzen. Ebenso wird bei Delegiertenwahlen zu Landes- und
335 Bundesorganen verfahren. Im Weiteren gelten die Frauenstatuten des Landes- und
336 Bundesverbandes sinngemäß.

337 (2) In allen Organen und Gliederungen des Kreisverbandes wird bei Fragen, die
338 das Selbstbestimmungsrecht der Frauen besonders berühren oder von denen Frauen
339 besonders betroffen sind, auf Antrag unter den Frauen abgestimmt, ob vor der

340 Abstimmung der Versammlung eine gesonderte Abstimmung unter den Frauen
341 stattfinden soll. Sollten die Abstimmungen der Frauen- und der
342 Mitgliederversammlung voneinander abweichen, haben die Frauen ein Vetorecht mit
343 aufschiebender Wirkung. Die zur Abstimmung stehenden Fragen werden auf die
344 nächste Sitzung des jeweiligen Gremiums verwiesen.

345 **§20 Auflösung**

346 (1) Über die Auflösung des Kreisverbandes entscheidet die
347 Kreismitgliederversammlung mit Zweidrittelmehrheit. Dieser Beschlussvorschlag
348 kann nicht Gegenstand einer Dringlichkeitsentscheidung sein, sondern ist nur bei
349 eingehaltener Einladungsfrist möglich. Der Beschluss der
350 Kreismitgliederversammlung über die Auflösung bedarf der Bestätigung durch die
351 Mehrheit der abgegebenen Stimmen in einer Urabstimmung aller Mitglieder des
352 Kreisverbandes.

353 (2) Das Vermögen des Kreisverbandes fällt bei Auflösung an den Landesverband
354 NRW, der das Vermögen treuhänderisch verwaltet.